



GEMEINDERAT • STADT FREIBURG

Tradition & Modernität

Legislaturbilanz
2011 – 2016

FEBRUAR 2016

1. Inhaltsverzeichnis

1. Inhaltsverzeichnis	2
2. Einleitung	3
Eine Stadt des 12. Jahrhunderts im 21. Jahrhundert	3
3. Die interkommunale Zusammenarbeit	4
3.1 Fusionsprojekt 2016	4
3.2 Die Agglomeration	4
3.3 Andere interkommunale Zusammenarbeit	4
4. Die Attraktivität der Stadt	6
4.1 Entwicklung	6
4.1.1 Revision des Ortsplans und Neubewertung der öffentlichen Plätze	6
4.1.2 Historische Stadt und Umnutzung des Burgquartiers	6
4.1.3 Saaneufer	6
4.1.4 Maggenbergpark	6
4.1.5 Standort Cardinal: BlueFACTORY	8
4.1.6 Bahnhofplatz	8
4.2 Infrastrukturen	8
4.2.1 Krippen und ausserschulische Betreuungseinrichtungen	8
4.2.2 Schulen	8
4.2.3 Werkhof	10
4.2.4 Feuerwehrkaserne	10
4.2.5 Entwicklung des Sportstandortes St. Leonhard	10
4.3 Sicherheit und Sauberkeit	12
4.3.1 Sicherheit	12
4.3.2 Sauberkeit	12
5. Der finanzielle Rahmen	14
5.1 Budgetgleichgewicht und Steuersatz	14
5.2 Festhalten an vertretbarer Verschuldung und Abschreibungsrahmen	14
5.3 Pensionskasse des Gemeindepersonals	14
5.4 GTSol	15
6. Der strukturelle Rahmen – besondere Entwicklungen	16
6.1 Neue Struktur der Industriellen Betriebe	16
6.2 Reorganisation des Sozialhilfedienstes	16
6.3 Kommunikation	16
6.4 Jean Dubas-Fonds	16
7. Die nachhaltige Entwicklung	18
7.1 Mobilität	18
7.2 Energie und Beleuchtung	20
7.3 Kampf gegen Lärm und Umweltverschmutzung	20
8. Sozialer Zusammenhalt, Kultur und Sport	22
8.1 Sozialer Zusammenhalt	22
8.2 Gesundheitsnetz Saane	22
8.3 Kultur	22
8.4 Sport	23

2. Einleitung

Eine Stadt des 12. Jahrhunderts im 21. Jahrhundert

Während dieser ganzen Legislatur erlebte die Stadt Freiburg einen Zuwachs ihrer Wohnbevölkerung. Die Einwohner haben von 38'598 im Jahr 2011 auf 41'310 im Jahr 2014 zugenommen. Dem erfreulichen Aspekt dieser Tatsache stehen die sich daraus ergebenden Verpflichtungen gegenüber, dies sowohl im Bereich der öffentlichen Infrastrukturen als auch der Integrationsmassnahmen.

Um diese Entwicklung aufzufangen, hat der Gemeinderat seinen Plan der schulischen Infrastrukturen angepasst und dem Generalrat eine Steuererhöhung um 4,3 Punkte vorgeschlagen.

Eine besondere Anstrengung wurde für die Entwicklung der ausserschulischen Betreuungseinrichtungen und der Krippen geleistet.

Was die Integration betrifft, ist der Gemeinderat über die verschiedenen Aktionen erfreut, die für einen besseren sozialen Zusammenhalt unternommen wurden. Es sind dies die Durchführung des Nachbarschaftsfestes, der Empfang der Neuzuzüger, das Projekt Bildungslandschaft im Schönberg, die Beteiligung bei «sympathische Gemeinde» sowie die Unterstützung verschiedener Aktionen und Vereinigungen, welche im erwähnten Sinne tätig sind.

Der Ortsplan wurde revidiert und dem Staat zur Vorprüfung übermittelt. Das Projekt für das Technologie- und Innovationsquartier blueFACTORY ist lanciert und nimmt seinen Lauf. Mit dem Umbau der blauen Halle der früheren Brauerei Cardinal ist eine Schlüsseletappe abgeschlossen.

Angesichts des Scheiterns des Fusionsprojektes 2016 hat der Gemeinderat aber die Hände nicht in den Schooss gelegt. Vielmehr hat er die ersten Vorkehrungen im Hinblick auf die Fusion 21 in die Wege geleitet. Das Projekt wird auf der Grundlage des vom Oberamtmann des Saanebezirks festgelegten Perimeters ausgearbeitet werden, sowie mit Hilfe des Staatsrates und im Sinne des neuen Gesetzes über die Förderung der Gemeindegemeinschaften und für die Fusion des Kantonszentrums.



Von Links nach Rechts: Anne Banateanu, wissenschaftliche Mitarbeiterin; Madeleine Genoud-Page, Gemeinderätin; Jean Bourgknecht, Vizeammann; Pierre-Alain Clément, Ammann; Thierry Steiert, Gemeinderat; Antoinette de Weck, Gemeinderätin; Catherine Agustoni, Stadtsekretärin.

3. Die interkommunale Zusammenarbeit

3.1 Fusionsprojekt 2016

Wie in seinem Legislaturprogramm vorgesehen, hat sich der Gemeinderat aktiv an den Arbeiten des Steuerungsausschusses und der verschiedenen Arbeitsgruppen beteiligt, die ab Dezember 2012 mit Vertretern der Gemeinden Marly und Villars-sur-Glâne gebildet wurden. Das Projekt wurde aber von den Gemeinden mit der Option 2C2G sowie von Villars-sur-Glâne mit der vom Gemeinderat an den Generalrat übermittelten Botschaft gebremst. So hat dann der Gemeinderat den vom Oberamtmann des Saanebezirks vorgeschlagenen Perimeter genehmigt und die Überlegungen für ein Projekt Fusion 21 lanciert. Die Zahl der in dieses Projekt miteinbezogenen Gemeinden nimmt somit von 6 auf 8 zu, indem Chésopelloz und Pierrafortscha hinzukommen, die bereits eng mit Corminboeuf und Marly verbunden sind.

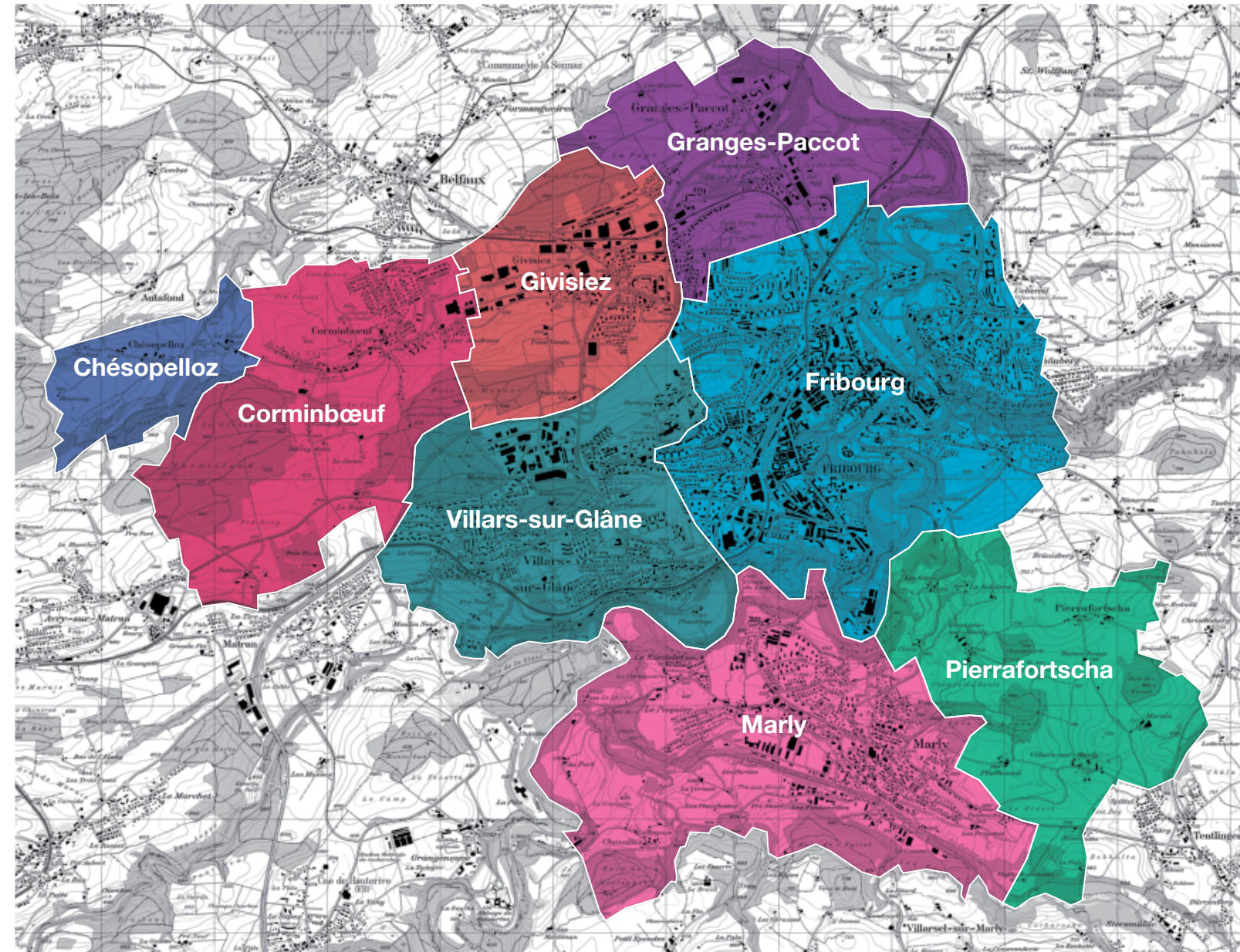
3.2 Die Agglomeration

Das Projekt Agglomeration der zweiten Generation wurde am 26. Januar 2012 vom Agglomerationsrat genehmigt. Es wurde vom Staatsrat am 19. März 2012 als regionaler Richtplan angenommen. Der Bund wird die von ihm akzeptierten Massnahmen im Zusammenhang mit der Mobilität zu 40% finanzieren. Um diese Regionalplanung und die dabei vorgesehenen Massnahmen umzusetzen, hat der Gemeinderat besagte Massnahmen in seinen Finanzplan aufgenommen. Schliesslich hat die Agglomeration ihre Arbeiten für das Projekt Agglomeration der dritten Generation weitergeführt, das anfangs 2016 in die Vernehmlassung geht und Ende 2016 dem Bund unterbreitet wird, um die Beiträge auszulösen und mit den Ausbauarbeiten ab 2019 beginnen zu können.

3.3 Andere interkommunale Zusammenarbeit

Die Stadt Freiburg hat innerhalb und über den Kreis der Agglomeration hinaus die Formen der interkommunalen Zusammenarbeit weitergeführt. Zur Liste der bestehenden Zusammenarbeitsformen kommen das Einsammeln der Abfälle für die Gemeinde Villars-sur-Glâne bis Ende 2015 und die Behandlung der Baugesuche für Givisiez. Die Gemeinden Corminboeuf und Chésopelloz haben den Gemeinderat ebenfalls ersucht, um von ähnlichen Unterstützungsangeboten zu profitieren. In diesem Sinne wurde kürzlich mit diesen Gemeinden eine Vereinbarung abgeschlossen.

Schliesslich hat der Gemeinderat seine Zustimmung für eine Beteiligung und eine Finanzierung von Projekten mit regionaler Ausstrahlung gegeben, insbesondere ein kantonales Schwimmbad. Der Oberamtmann hat eine Studie durchgeführt und eine Entscheidung bezüglich Ansiedlung dieser Infrastruktur im Kantonszentrum wird nächstens fallen.



DIE GEMEINDEN DES FUSIONSPROJEKTS 21

4. Die Attraktivität der Stadt

4.1 Entwicklung

Die Stadt Freiburg ist mit sehr bedeutsamen Herausforderungen in Bezug auf ihre Entwicklung konfrontiert, welche in ihrem künftigen Ortsplan (OP) und in den Agglomerationsprojekten (AP) 2 und 3 eingeplant sind. Sie behandeln die Gestaltung der Räume von öffentlichem Nutzen, der Mobilität und der Landschaft, welche für eine Stadt, die sich bevölkerungsmässig in voller Entwicklung befindet, notwendig sind. Die schulischen Bedürfnisse waren bereits Gegenstand eines Richtplans. Er wurde an das Bevölkerungswachstum angepasst und weist zusätzlichen Bedarf aus. Während dieser Legislatur hat der Gemeinderat somit die Kurve in Richtung einer nachhaltigen Stadt genommen, welche ihrer Rolle als Kantonszentrum voll gerecht wird.

4.1.1 Revision des Ortsplans (OP) und Neubewertung der öffentlichen Plätze

Die Herausforderung der Stadtentwicklung bezieht sich auf die Erhaltung des Reichtums des Kulturgutes und der Landschaftsgestaltung in einer Stadt, die sich im Verdichtungsprozess befindet.

Nach zweieinhalbjähriger Arbeit hat der Gemeinderat das OP-Dossier dem kantonalen Bau- und Raumplanungsamt zur Vorprüfung übermittelt. Es enthält alle notwendigen Dokumente für eine nachhaltige Stadtplanung in den kommenden 15 Jahren (Richtplan, Zonennutzungsplan, kommunales Baureglement, Parkplatzkonzept, usw.).

Der OP wurde im Bemühen ausgearbeitet, ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Ansichten zu erhalten. Es geht um die Auffassungen jener, die zu Recht in der Stadt verfügbare öffentliche Parkplätze von guter Qualität verlangen, und jener, deren berechtigte Zielsetzung darauf ausgerichtet ist, Räume wieder der öffentlichen Nutzung zuzuweisen und den Kulturreichtum aufzuwerten.

4.1.2 Historische Stadt und Umnutzung im Burgquartiers

Der Richtplan der historischen Stadt legt den gesetzlichen Rahmen fest, welcher ein künftiges Ausbauprojekt zu befolgen hat. Nach dessen Genehmigung hat der Gemeinderat im Jahr 2015 den Gestaltungswettbewerb zur Umnutzung des Burgquartiers lanciert und gleichzeitig den Prozess zur Neubelebung des historischen Zentrums der Stadt in die Wege geleitet.

Das Siegerprojekt, welches vom Team des Architekturbüros « Studio Monagnini Fusaro » aus Venedig und des Büros « Susanna Antico Lighting Design » aus Mailand, Spezialist für die Beleuchtung öffentlicher Räume, zusammengesetzt wurde. Der vom Siegerbüro vorgeschlagene Eingriff besteht darin, das Burgquartier bekanntzumachen, indem die grosse Qualität des Kulturerbes der bestehenden Substanz hervorgehoben wird. Das italienische Büro schlägt dabei vor, nach dem Substraktionsverfahren vorzugehen, indem störende Elemente ausgeschaltet und mit Pflastersteinen ausgestattete Räume geschaffen werden, die von Fassade zu Fassade reichen und den Fussgängern vorbehalten sind. Dabei wird als Zeichen der Vitalität dieses Stadtsektors die Möglichkeit vorgeschlagen, am Fusse der Kathedrale Terrassen einzurichten. Die anderen wichtigen Elemente der Neugestaltung des Quartiers sind die Schaffung einer Verbindung zwischen Burg- und Auquartier sowie ein Parkplatzkonzept. Um die Umsetzung des von den Siegern vorgesehenen Projektes sicherzustellen, arbeiten die städtischen Dienststellen aktiv um günstigere Voraussetzungen für die Ausarbeitung des Vergrösserungsprojektes des bestehenden Grenette-Parkings zu schaffen.

4.1.3 Saaneufer

Vor der Lancierung des Projekts «Saaneufer» im Jahr 2013 wurde eine Zusammenarbeit mit den betroffenen kantonalen Stellen organisiert und der entsprechende Finanzrahmen konsolidiert. Auch wurden Gespräche mit Vertretern der im Umweltschutz tätigen Vereine geführt. Die Studie zur Feststellung des aktuellen Zustandes der Saane wurde von 2013 bis 2014 unternommen. Diese Diagnose schneidet einen zweiten Bereich an, bei dem es um die Ausarbeitung eines Projektes geht, um Zielsetzungen in den Bereichen Hydraulik, Geologie und Umwelt zu erreichen, sowie eine geeignete Nutzung des Flusses durch die Bewohner. Da die Umsetzungskosten beträchtlich sind, wurde das Projekt 2015 ausgesetzt, um einen Entscheid betreffend der Prioritäten der Gemeindeinvestitionen abzuwarten. Die beträchtliche Subvention des Staates und des Bundes erfolgt erst nach der Realisierungsphase. Vorher muss die Stadt die Beträge vorschliessen.

4.1.4 Maggenbergpark

Angesichts der Tatsache, dass die Situation um dieses Dossier lange Zeit verfahren war, hat der Gemeinderat anfangs 2015 beschlossen, die letzten Monate der Baubewilligung zu nutzen, um mit dem Ausbau der Maggenberg-Parzelle zu beginnen. So konnte im Herbst 2015 ein Spielplatz eröffnet werden. Der Ausbau wird in der nächsten Legislatur insbesondere mit einem Bepflanzungsprogramm fortgesetzt.



4.1.5 Standort Cardinal: blueFACTORY

Der Gemeinderat hat sich dafür eingesetzt, dass im Innovationsquartier blueFACTORY auch soziokulturelle, künstlerische und andere Inhalte miteinbezogen und dass die sich daraus ergebenden Verbindungen zu den anderen Quartieren hergestellt werden. Kultur ist integrierender Bestandteil der Benutzercharta von blueFACTORY. Dabei wurde auch ein klarer und transparenter Prozess zum Einbezug von kulturellen Projekten im Einklang mit der regionalen Kulturpolitik definiert.

Im Anschluss an den Stadtplanungswettbewerb wurde vom Siegerarchitekten unter der Leitung der Arbeitsgruppe Stadt-Kanton ein Masterplan ausgearbeitet. Seine Grundsätze müssen in einem kantonalen Nutzungsplan in gesetzliche Grundlagen umgesetzt werden.

Die neue Aktiengesellschaft Bluefactory Fribourg-Freiburg AG und ihre Organe brauchten einige Monate, um sich mit dem Projekt vertraut zu machen. Nun geht es darum, die im Rahmen des Wettbewerbes getesteten städtebaulichen Optionen zu konsolidieren, um so die Endfassung des kantonalen Nutzungsplans zu erstellen.

Parallel dazu nehmen die provisorischen Bauten und Einrichtungen in der blauen Halle sowie das Hauptgebäude Gestalt an. Die blaue Halle wurde als industrielles «Open space» eingerichtet und Ende 2015 eröffnet.

4.1.6 Bahnhofplatz

Das Projekt zur Neugestaltung des Bahnhofplatzes und seiner unmittelbaren Umgebung ist ein zentrales Element der Ortsplanrevision, und als solches das vereinigende Hauptprojekt darstellt.

Der Gemeinderat hat gewünscht, dass dem Gestaltungskonzept, das er im Rahmen der Studie der Gruppe «Fribourg/Cible» und der Vorstudie «Projet fédérateur de la gare de Fribourg» ausgearbeitet hat, Folge geleistet wird, um dem Sektor Bahnhofplatz und seiner unmittelbaren Umgebung eine neue Ausrichtung zu verleihen.

Nach Analyse und Neubewertung hat es die Vorstudie erlaubt, die Rahmenbedingungen zu definieren und Empfehlungen abzugeben, die als Grundlage für den Projektwettbewerb dienen. Der Wettbewerb für den Bahnhofplatz wurde im Laufe des 2. Semesters 2015 lanciert mit dem Ziel, die Gestaltung des Platzes als Nervenzentrum der Agglomeration und als strategischen Standort «Bahnhof Freiburg – Pérollesebene – blueFACTORY» zu konkretisieren. Er muss insbesondere Möglichkeiten für die Standorte und Gestaltung der Haltestellen für den öffentlichen Verkehr, Standortbestimmung der Parkplätze, Fahrbahnen für den Langsamverkehr und schliesslich auch die Landschaftsgestaltung aufzeigen.

4.2 Infrastrukturen

Wie im Legislaturplan vorgesehen, wurden mehrere Gebäude der Stadt renoviert, umgebaut oder erstellt.

4.2.1 Krippen und ausser-schulische Betreuungseinrichtungen

Anfangs 2011 standen der Bevölkerung pro Jahr 199 Plätze in Krippen (davon 20 für Le Bosquet in Givisiez) und 175 Plätze in ausser-schulischen Betreuungseinrichtungen (ABS) zur Verfügung.

Als Folge der Inkraftsetzung des Gesetzes über die familienergänzenden Tagesbetreuungseinrichtungen (FBG) auf den 1. Januar 2012, hat die Stadt die Bedürfnisse der Bevölkerung in diesem Bereich evaluiert. Die Untersuchung hat gezeigt, dass in den Krippen pro Jahr rund 74 Betreuungsplätze und in den ABS 100 Plätze fehlen. Aufgrund dieser Feststellung hat der Gemeinderat seine finanzielle Unterstützung bei neuen Betreuungsstrukturen ausgebaut.

Um diesen neuen Bedürfnissen gerecht zu werden, wurden im Jahr 2014 zwei ausser-schulische Betreuungsstätten ausgebaut. Im Schönberg hat sie sich in den früheren Räumen des Kindergartens installiert und jene in der Vignettaz konnte sich in den zweiten Gebäudeabschnitt ausdehnen. Zudem wurde das Reglement für die Betreuungsstätten angepasst.

Im Jahr 2015 bestehen nun 250 Jahresplätze für Krippen (davon 20 für Le Bosquet in Givisiez) und rund 295 Jahresplätze in ABS.

Mit der Betreuung von 120 bis 150 Kindern pro Jahr ist die Situation beim Tageselternverein mehr oder weniger stabil geblieben.

Wegen den Arbeiten für die Aussengestaltung der DOSF konnte die ABS Jura nicht mehr in den bestehenden Containern bleiben. Sie wurde deshalb in die neuen Pavillons verlegt, die auf dem Schulstandort eingerichtet wurden. Für den Schulbeginn 2015 wurden vier provisorische Pavillons zu je rund 100 m² erstellt, wobei je zwei Pavillons übereinander gestellt wurden.

4.2.2 Schulen

Gemäss den Angaben, die im Richtplan Schulen (2010) dargestellt sind, wurden die Infrastrukturen für das zweite Kindergartenjahr erstellt. So wurden den Lehrpersonen zum Schulbeginn 2013 zwei neue Schulhäuser übergeben, nämlich im Botzet für das Pérolles-Quartier und an der Heitera für den Schönberg. Für den Schulbeginn 2014 wurden für den Standort Vignettaz auch noch zwei provisorische, aus Holz vorfabrizierte Pavillons fertiggestellt.

Die mittel- und langfristigen Bedürfnisse im Schönberg-Quartier erfordern den Neubau eines Schulhauses für zwei oder drei Stufen. Die Situation hängt vom Ergebnis der Studien zu einem möglichst zentral gelegenen Standort ab, die in Fortsetzung zum Ortsplan geführt werden. Um die unmittelbaren Bedürfnisse namentlich für Klassenzimmer der Primarschule abdecken zu können, wurden im Süden des Schulstandortes Heitera in der Nähe des bestehenden



AUSSERSCHULISCHE BETREUUNGSSTÄTTE JURA

Gebäudes C sechs provisorische Pavillons zu je 100 m² gebaut. Sie sind vom gleichen Typ wie jene an der Vignettaz. Sie sind seit dem Schulbeginn 2015 in Betrieb. Grund für die Wahl von provisorischen Pavillons war die Notwendigkeit, schnell und günstig neue Klassenzimmer bereitstellen zu können, ohne dabei die Notwendigkeit für den Bau neuer Schulen in Frage zu stellen, die dann eine dauerhafte Antwort auf die Bedürfnisklausel sein werden. Um dem Zuwachs der Schülerzahlen gerecht zu werden, müssen bis 2017 sechs neue provisorische Pavillons erstellt werden.

An der Burgschule erfordert der Zuwachs des Schülerbestandes im Jahr 2016 die Eröffnung einer zusätzlichen Kindergartenklasse sowie für 2018 einer Primarschulklasse und einer zweiten Kindergartenklasse. Im Hinblick auf den Schulbeginn 2016 hat der Gemeinderat beschlossen, im Frühjahr 2016 im Norden des Schulstandortes Burg vier provisorische Pavillons erstellen zu lassen. Jedes Pavillon mit einer Fläche von 100 m² ist mit Garderobe und sanitärischen Anlagen ausgerüstet und kann jederzeit einer Primar- oder Kindergartenklasse zugeteilt werden.

Am Schulstandort Neustadt sind für 2018 drei Zimmer für Kindergartenklassen mit Nebenräumen notwendig. Im Bewusstsein, dass dem Quartier kaum ein Immobilienboom bevorsteht, und angesichts der Schwierigkeit, an einem räumlich begrenzten Standort, der öffentlich genutzt wird und von hohem kulturellen Wert ist, hat der Gemeinderat im Jahr 2015 einen Architekturprojektwettbewerb durchgeführt. Im Hinblick auf Bauarbeiten während des Jahres 2018 und der Inbetriebnahme für den Schulbeginn 2019 wird es die Studienphase ermöglichen, das Projekt im Jahr 2016 zu entwickeln.

Mit dem Neubau der Deutschsprachigen Orientierungsschule Freiburg (DOSF) beim Standort Jura wurde im November 2013 begonnen. Die Arbeiten verlaufen wie vorgesehen und die Inbetriebnahme ist für den Schulbeginn 2016 vorgesehen.

4.2.3 Werkhof

Nach dem Brand von 1998 wurde der Werkhof bekanntlich teilweise wieder aufgebaut. Der Gemeinderat hat sich dann für das vom Verein Werkhof-Frima (AWF) in die Wege geleitete Projekt eingesetzt, das vorsieht, das Projekt Frima in diesem Gebäude unterzubringen (physische und elektronische Maquette der Stadt gemäss dem Stich von Martin Martini aus dem Jahre 1606). Das Gebäude wird Räume umfassen, die dann von der ausserschulischen Betreuung, von verschiedenen Quartiervereinen, vom Verein für Gesundheitsförderung und Prävention REPER und vom AWF genutzt werden. Die für die Öffentlichkeit zugänglichen Lokale sind der Eingangsbereich des Gebäudes, der Mehrzwecksaal mit einer Grösse von rund 200 m² für grössere Veranstaltungen und ein öffentlicher Bereich für Dauer- und Sonderausstellungen, in dem das Modell der Stadt Freiburg ausgestellt sein wird.

Der Generalrat hat den Baukredit Ende Juni 2015 gewährt. Unter der Leitung des beauftragten Architekturbüros Bakker & Blanc, von dem das Projekt auch stammt, und des Partnerbüros Lateltin & Monnerat, welches für die Bauleitung zuständig ist, konnten die Ausbauarbeiten im Herbst 2015 begonnen werden.

Nach Abschluss der Arbeiten Ende 2016 wird der renovierte Werkhof verschiedene Räume für die Kultur bereitstellen, namentlich für die offene Jugendarbeit der Präventionsstelle, einen Ausstellungsbereich um das Frima-Modell herum, sowie Lokale für Vereine.

4.2.4 Feuerwehrkaserne

In der bestehenden Feuerwehrkaserne müssen Feuerlöschfahrzeuge hintereinander parkiert werden. Es besteht also ein dringender Platzbedarf, so dass der Gemeinderat beschlossen hat, eine Nebenhalle zu bauen. Er hat ebenfalls darüber nachgedacht, in einer zweiten Etappe auf der neuen Halle zwei bis drei Stockwerke aufzubauen. Dies würde es erlauben, dort das Amt für Ortschafts- und Mobilität unterzubringen, das gegenwärtig in den Büros an der Reichengasse 37 sehr eingeengt ist.

Für das Projekt für den Um- und Ausbau des Feuerwehrgebäudes wurde anfangs 2015 ein öffentliches Bewilligungsgesuch erstellt.

4.2.5 Entwicklung des Sportstandortes St. Leonhard

Während der ganzen Legislatur war die künftige Entwicklung des Standortes St. Leonhard Gegenstand zahlreicher Überlegungen zusammen mit den betroffenen öffentlichen und privaten Akteuren, nämlich mit dem Staat als Eigentümer der Kaserne und des Poya-Parks, mit der Gemeinde Granges-Paccot und mit den Nutzern des Standortes St. Leonhard (Sportklubs, Besucher). Die Entwicklung des Standortes wird sehr stark durch verschiedene Elemente beeinflusst werden, die sich im Laufe der Legislatur 2011-2016 ereignen haben, insbesondere durch den Bau einer Bahnhaltestelle sowie durch die Ankündigung, dass die Armee die Poya-Kaserne nächstens verlassen wird. Was die Eishalle betrifft, hat sich die Stadt Freiburg dem vom HC Fribourg-Gottéron (HCFG) favorisierten Projekt angeschlossen. Dieses besteht darin, auf dem Standort der jetzigen Trainingseisbahn eine neue Eishalle zu bauen. Dieses Projekt wird von privaten Kreisen um den HCFG getragen. Die Rolle der Stadt beschränkt sich darauf, das Terrain zur Verfügung zu stellen und einen Betrag von fünf Millionen Franken zu überweisen, der ursprünglich vorgesehen war, um die alte Gemeindeeisbahn an die heute geltenden Normen anzupassen.

Betreffend des Projekts des kantonalen Schwimmzentrums wurde vom Grossen Rat eine entscheidende Etappe gemeistert. Er hat nämlich eine Subvention von 15 Millionen Franken für die Realisierung dieser Infrastruktur versprochen. Eine parallel vom Oberamt des Saanebezirks über die Wahl mehrerer potentieller Standorte in der Agglomeration Freiburg durchgeführte Studie hat gezeigt, dass St. Leonhard die besten Bedingungen für den Bau des kantonalen Schwimmzentrums bietet. Der Gemeinderat ist von der Relevanz des Projekts überzeugt. Für eine Machbarkeitsstudie hat er deshalb CHF 150'000.— ins Investitionsbudget 2016 aufgenommen.



DIE FEUERWEHRKASERNE

4.3 Sicherheit und Sauberkeit

4.3.1 Sicherheit

Ortspolizei

Um die Sicherheit in der Stadt zu gewährleisten, hat die Ortspolizei ihre Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei (bürgernahe Polizei) fortgesetzt und intensiviert. Um den aktuellen Stand festzuhalten sowie Meinungen und gegenseitige Bedürfnisse auszutauschen, haben mehrmals pro Jahr Begegnungen stattgefunden.

Angeichts der ständigen Zunahme von Veranstaltungen und anderer Tätigkeiten auf öffentlichem Grund und unter Berücksichtigung der steigenden Komplexität der Projekte in einem betont städtischen Umfeld hat der Gemeinderat einen Verantwortlichen für Veranstaltungen angestellt. Dieser ist bereits zu einer unumgänglichen Kontaktperson für die verschiedenen Organisatoren von Veranstaltungen, für die Träger von Projekten und für andere Personen und Institutionen geworden, welche den öffentlichen Grund auf Gemeindegebiet nutzen möchten. Zu einem bestimmten Prozentsatz umfasst diese Stelle auch die Verwaltung des kommunalen Führungsorgans im Katastrophenfall.

Um der ständigen Zunahme von zu behandelnden Dossiers und der steigenden Komplexität von Fragen, namentlich juristischer Natur, Rechnung zu tragen, hat der Gemeinderat ebenfalls die Stelle eines wissenschaftlichen Rechtsberaters geschaffen.

Bezüglich Parkplatzbewirtschaftung auf öffentlichem Grund wurde in mehreren Sektoren gebührenpflichtiges Parkieren eingeführt, namentlich in den Quartieren Jura-Torry-Miséricorde sowie Gambach. Dank dieser Massnahmen wurden die betroffenen Sektoren entlastet und es gibt mehr Plätze für Besucher und gelegentliche Benutzer. Die Beamten der Ortspolizei sind mit neuen Apparaten zur Erfassung der Ordnungsbussen ausgerüstet, welche für die Arbeitsabläufe eine optimale Effizienz ermöglichen.

Lärmemissionen und andere störende Aspekte von nächtlichen Tätigkeiten und immer zahlreicher werdende Festlichkeiten haben die Ortspolizei ebenfalls auf Trab gehalten. Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Sektor Alte Brunnengasse gewidmet und die Zusammenarbeit mit den kantonalen Behörden (Oberamt, Kantonspolizei, Gewerbe-polizei) fortgesetzt.

Feuerwehrkaserne

Von 2011 bis 2014 wurden von der Feuerwehr pro Jahr durchschnittlich mehr als 460 Einsätze registriert. Übungen, Kurse und Einsätze zusammengezählt ergeben für das Bataillon rund 15'000 Einsatzstunden pro Jahr. Angesichts der ständig steigenden Anforderungen und der von den Milizfeuerwehrangehörigen aufzuwendenden Zeiteinsätzen (Übungen, Ausbildung, Pikettienste, Einsätze, usw.) wird es schwierig, junge Männer und Frauen für einen Beitritt zum Bataillon zu motivieren. Dank anhaltender Rekrutierungsbemühungen und insbesondere dank des Gemeindepersonals, welches mehr als die Hälfte des Bestandes des Erste-Hilfe-Postens ausmacht, konnte der Bestand des Bataillons trotzdem bei 146 Personen beibehalten werden. Um die Arbeit der Feuerwehrangehörigen besser bekannt zu machen und Jugendliche zu ermuntern, diese Tätigkeit zu wählen, wurde im Jahr 2013 mit Unterstützung der KGV eine Spezialaktion durchgeführt.

4.3.2 Sauberkeit

Das zunehmende «Littering» (Wegwerfen von Abfällen auf Strassen und öffentlichen Plätzen) ist eine Zeiterscheinung, welche dem Gemeinderat Sorge bereitet. Mit der Strategie «Freiburg, saubere Stadt» werden mehrere Massnahmen in den Vordergrund gestellt, die umgesetzt und angeregt wurden oder in Vorbereitung sind. Da das «Littering» immer noch weiter zunimmt, werden die Massnahmen weiterverfolgt und allenfalls entsprechend angepasst.

Die umgesetzten Massnahmen betreffen sowohl die Information und die Kommunikation als auch Massnahmen vor Ort. Sobald die Bewilligung zum Aufstellen von Kameras an gewissen sensiblen Standorten eintrifft, werden noch zielgerichtete Aktionen eine Verbesserung des allgemeinen Zustandes ermöglichen.

Um die Hauptzielsetzung zu erreichen, nämlich den Bewohnern und ihren Besuchern eine möglichst saubere Stadt zu bieten, ist eine wirksame Zusammenarbeit zwischen dem Bauamt und der Ortspolizei notwendig. Gesamthaft gesehen zeigen die erzielten Resultate auf, dass die Situation heute im Vergleich zum Zustand vor 2011 spürbar besser ist. Nichtsdestotrotz bleibt die Sorge, die Sauberkeit des öffentlich genutzten Grundes als Ganzes laufend zu verbessern, eine Zielsetzung, die über die laufende Legislatur hinaus bestehen bleibt.



5. Der finanzielle Rahmen

5.1 Budgetgleichgewicht und Steuersatz

Die finanzielle Situation der Stadt hat sich seit 2011 wesentlich verändert. Die kantonalen Voraussagen bezüglich Steuereinnahmen als Folge der Steuer-senkungen haben sich in Tat und Wahrheit nicht bestätigt.

Die Entkopplung für die Staats- und Gemeindesteuern, deren Idee der Gemeinderat unterstützt hat, hat leider bei den kantonalen Behörden keine Zustimmung gefunden. Um die durch die bedeutsamen Investitionen in die schulischen Infrastrukturen verursachten Zinsen und Abschreibungen finanzieren zu können, hatte die Stadt Freiburg keine andere Möglichkeit, als den Steuersatz ab 2014 zu erhöhen.

Das Budgetgleichgewicht war immer eine prioritäre Zielsetzung des Gemeinderates. Man stellt eine laufende Zunahme der Ausgaben fest, namentlich in den Bereichen Bildung, Kinder im Vorschulalter und Raumplanung.

Der bedeutsame Lastentransfer, der von den übergeordneten Instanzen im Rahmen struktureller Massnahmen beschlossen wurde, hat die Zielsetzung des Budgetgleichgewichts des Gemeinderates vereitelt. Diese Tendenz kann nur durch eine Erhöhung der Staatssteuern eingedämmt werden.

Die Gemeindebehörden haben nämlich keine Möglichkeit, diese Überwälzungen auf eine andere Instanz zu übertragen. Sie müssen sie vollständig selber bewältigen, noch andere Einnahmen finden oder gefährliche Defizite hinnehmen. Die während dieser Legislatur festgestellte Zunahme der gebundenen Ausgaben wird sich in den kommenden Jahren noch verschärfen. Das Auseinanderklaffen zwischen Ausgaben und Erträgen wird zunehmen und es wird immer schwieriger sein, den angestrebten Budgetausgleich zu erreichen.

5.2 Festhalten an vertretbarer Verschuldung und Abschreibungsrahmen

Die Festsetzung einer Abschreibungslimite war während dieser Legislatur ein Schlüsselement für die Verschuldungsbremse. Diese Limite hat es der Gemeinde erlaubt, ihre Verschuldung in vernünftigen Grenzen zu halten. Die zunehmenden Bedürfnisse für künftige Infrastrukturen werden zu Abschreibungen führen, welche die festgesetzten Limiten überschreiten. Man wird sie durch neue Finanzeinkünfte decken müssen. Der Gemeinderat wünscht sich, dass das Bevölkerungswachstum es ermöglichen wird, dies zu erreichen.

5.3 Pensionskasse des Gemeindepersonals (CPPVF)

Laut den neuen Bestimmungen des Bundes zum Gesetz über die berufliche Vorsorge (BVG) muss der Deckungsgrad der CPPVF bis 2052 80% erreichen. Die CPPVF hatte bis zum 31. Dezember 2013 Zeit, um die neuen reglementarischen Bestimmungen zu verabschieden. Gleichzeitig musste sie der Verlängerung der Lebenserwartung und der andauernden Schwäche der Erträge auf den Finanzmärkten Rechnung tragen.

Im Jahr 2013 genehmigte der Gemeinderat somit eine strukturelle und finanzielle Reform der CPPVF, die folgende Massnahmen beinhaltet:

- Als Einstieg ein Finanzbeitrag der Arbeitgeber in Form eines Darlehens von CHF 56,8 Millionen. Gemäss den Erfordernissen der neuen Bestimmungen des Bundes ermöglicht dies, sofort einen Deckungsgrad von 70 % zu erreichen und die Verpflichtungen gegenüber den Pensionierten sind so vollständig gedeckt.
- Eine Senkung des technischen Zinssatzes von 4,5 % auf 3,5 %, was zur Folge hat, dass die Vorsorgekapitalien für die Pensionierten erhöht und die voraussichtlichen Altersrenten für die aktiven Versicherten gesenkt werden.
- Übergang des Referenzalters für die Pensionierung von 62 auf 63 Jahre. Damit wird das Ungleichgewicht korrigiert, das darin bestand, dass die Personen, die später in die Rente gingen, zum Teil jene finanzierten, welche ihre Rente vorzeitig bezogen.
- Begrenzung der Indexierung auf 0,5 %.
- Anpassung des Gesamtbeitragssatzes mit einer Zurückstellung der Senkung auf Arbeitgeberseite. Der Beitragssatz nimmt von 25,5 % auf 22 % ab, wobei 12 % zu Lasten des Arbeitgebers und 10 % zu Lasten des Arbeitnehmers gehen.

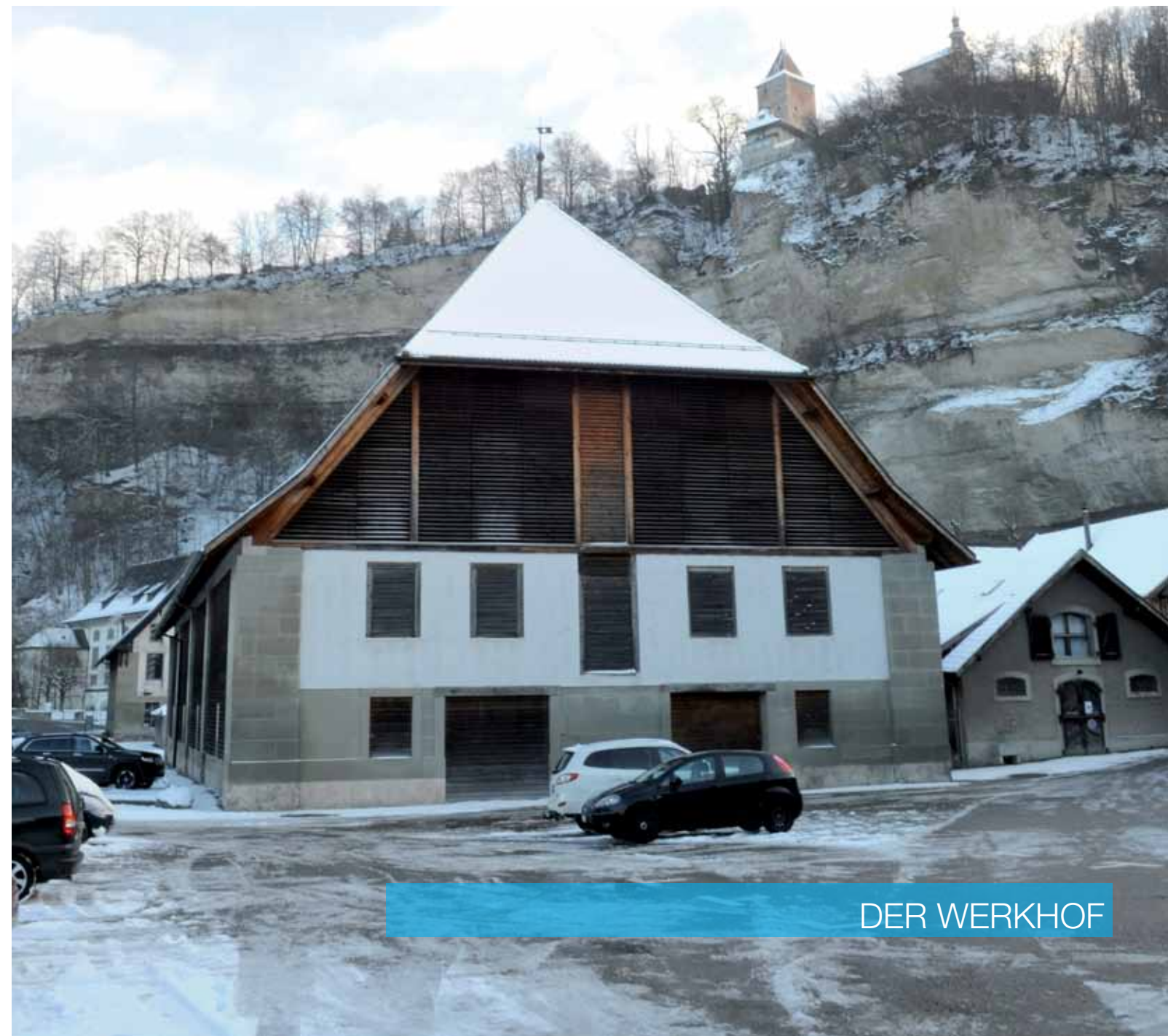
Ende 2014 konnte der Gemeinderat die Ergebnisse dieser strukturellen und finanziellen Massnahmen beurteilen: Nach Bildung einer Ausgleichsreserve im Betrag von CHF 9,7 Millionen entspricht der Gesamtdeckungsgrad von 70,6 % den Rekapitalisierungszielsetzungen. Die Gesamtleistung für 2014 war gut (5,47 %), leicht unter dem Vergleichsindex der CPPVF (6,29 %), aber über der Ertragserwartung (4,4 %). Die Wertschriftenrendite stieg auf 6,2 %,

was angesichts der Instabilität der Wirtschaft und der Schwäche der Zinssätze für Obligationen auf den Märkten ein ausgezeichnetes Ergebnis ist. Dank der Krediteinlage der Stadt Freiburg und der Leistung der anderen Anlagen, die den Betrag von 5,5 Millionen Franken erreichten, stieg das Nettovorsorgevermögen zudem von 108,2 auf 169 Millionen Franken an.

Es stehen noch schwierigere Jahre bevor. Deshalb werden die Konsolidierungsbemühungen der CPPVF fortgesetzt. Sie muss gegen vielfältige Risikofaktoren antreten, wie die Negativzinssätze der Nationalbank, des starken Franken und gemäss Ankündigung des Bundes, der Senkung des technischen Zinssatzes. Die 2013 ergriffenen Massnahmen erlauben es aber der CPPVF, die Zukunft gelassen anzugehen: es stehen verschiedene Mittel zur Verfügung, um die makroökonomischen Einflüsse möglichst zu begrenzen.

5.4 GTSol

Um die Arbeitsprozesse zu optimieren, war die Gemeindeverwaltung während dieser Legislatur Gegenstand mehrerer Analysen. Regelmässige Sitzungen zwischen vier Dienststellen, deren Tätigkeiten zum Teil ineinandergreifen, nämlich Finanzen, Informatik, Personalamt und Allgemeine Verwaltung, haben es möglich gemacht, die Situation mit einer interdisziplinären Anschau anzugehen und für komplexe Dossiers Lösungen zu finden.



DER WERKHOF

6. Der strukturelle Rahmen

6.1 Struktur der Industriellen Betriebe

Wie ab Beginn der Legislatur vorgesehen, war die Struktur der Industriellen Betriebe (IB) Gegenstand tiefgreifender Überlegungen. Dies hat zur Gründung einer neuen Struktur geführt, nämlich der Aktiengesellschaft SINEF SA, deren alleiniger Aktionär die Stadt Freiburg ist. Genau gleich wie andere kommunale Gebilde, die in den vergangenen Jahren ähnliche Veränderungen erlebt haben (Gruyère Energie, VITEOS, usw.), wird die neue Gesellschaft bei der Entwicklung und beim Ausbau ihrer Geschäftsfelder mehr von ihrem Fachwissen und von ihrer Erfahrung profitieren können. SINEF SA ist eine Dienstleistungsgesellschaft, welche die öffentliche Kollektivität, Unternehmen, die in den Bereichen Wasser und Energie tätig sind, sowie privaten Kunden, Leistungen erbringt. Im Rahmen dieses Vorgangs wurde auch eine zweite Gesellschaft gegründet, um den Bewohnern der Stadt Freiburg die Trinkwasserversorgung sicherzustellen. Die Stadt Freiburg ist ebenfalls zu 100% Eigentümerin dieser Gesellschaft mit dem Namen «Eau de Fribourg - Freiburger Wasser SA». Die Trinkwasserversorgung bleibt somit gänzlich in öffentlicher Hand. Diese Kontrolle wird zudem vom kantonalen Gesetz über das Trinkwasser garantiert.

Parallel zu diesem Vorgang haben die Stadt Freiburg und die Groupe E im Einverständnis mit den anderen Aktionären der Frigaz beschlossen, letztere in die neue Gesellschaft «Groupe E CELSIUS SA» zu überführen. Dieses neue Unternehmen umfasst das Erdgasnetz von Frigaz (Ende 2014 mehr als 500 km), sowie die Infrastrukturen der Groupe E und der PLACAD SA, was die Produktion und Verteilung von Fernwärme betrifft. Diese neue Firma dürfte künftig im Energiebereich der Romandie und darüber hinaus eine wichtige Rolle spielen.

Mit diesen neuen Firmen ist die Stadt Freiburg bestens gerüstet, um in den Bereichen Energie und Wasserbewirtschaftung die künftigen Herausforderungen zu meistern und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass die öffentliche Hand die unveräusserliche Kontrolle über das Trinkwasser behält.

6.2 Reorganisation des Sozialhilfedienstes

Um sich der wachsenden Komplexität der Sozialhilfesituationen stellen zu können, wurde ab Sommer 2014 mit der Verpflichtung einer externen Beratung das Reorganisationsprojekt des Sozialhilfedienstes in Angriff genommen. Die angestrebten Massnahmen sind darauf ausgerichtet, die vorhandenen Ressourcen besser zuzuteilen, intern und extern neue Dienstleistungen und Kompetenzen zu erwerben und gleichzeitig die Zunahme der Ausgaben für Personal und Betrieb zu begrenzen. Eine wesentliche Zielsetzung der künftigen Organisation zielt darauf ab, die Dienstleistungen der Dienststelle bei der Begleitung der beruflichen und gesellschaftlichen Eingliederung der Bezüger zu verbessern. Bei einer weiteren wichtigen Zielsetzung geht es um die Verbesserung der Kontrolle der ausbezahlten materiellen Hilfe sowie um die zweckmässige Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips bei der Sozialhilfe, welche grundsätzlich erst in letzter Instanz zum Zuge kommt. Der Gemeinderat hat im Juni 2015 die von der Dienststelle beantragten Massnahmen gutgeheissen, dies namentlich mit der Anstellung eines Sektorchefs Sozialarbeit und eines Juristen. Mit der Umsetzung der ersten konkreten Massnahmen wurde Ende Sommer 2015 begonnen.

6.3 Kommunikation

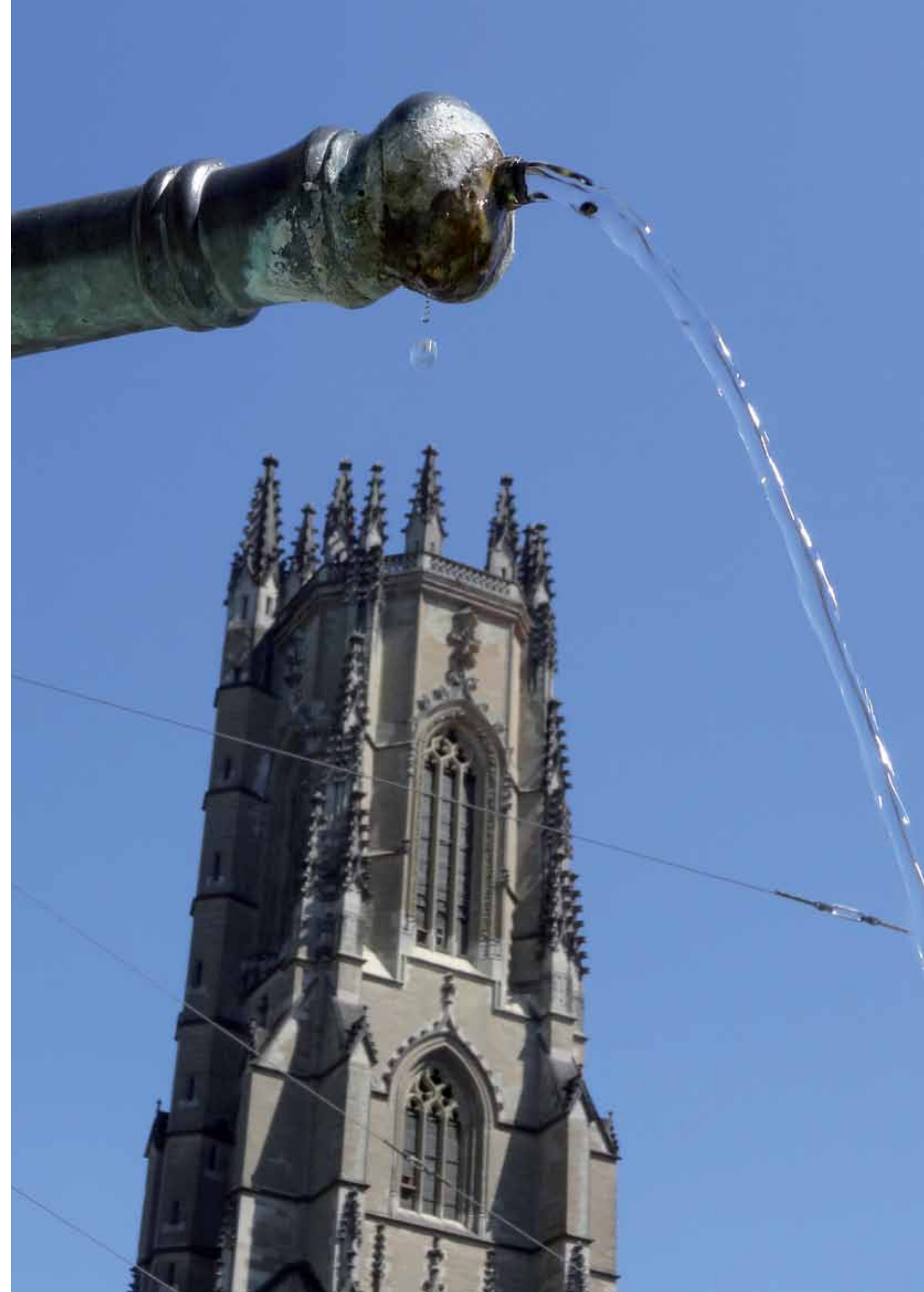
Dank der Schaffung eines ad hoc Sektors, welcher die Koordination der bestehenden Mittel, die Unterstützung der Dienststellen und die Umsetzung neuer Projekte sicherstellt, wurde die Kommunikation während dieser Legislatur stark weiterentwickelt. Namentlich dank dieses Sektors konnte der Gemeinderat seine Information ausbauen. Für die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschah dies mit der Durchführung einer Veranstaltung und der Abfassung eines Begrüssungsheftes. Für die neuen Bewohner erfolgte dies mit einer Begrüssungsveranstaltung, die seit 2013 jedes Jahr stattfand, sowie der Umsetzung eines Anknüpfungsprojektes auf der Internet-Seite.

Die Corporate Identity wurde während dieser Legislatur ebenfalls angepasst, indem die Stadt Freiburg einen einheitlichen und kohärenten Auftritt erhielt: das bestehende Logo wurde zu mehreren Versionen umgestaltet, so dass der Gebrauch, namentlich für Sponsoren, erleichtert wurde. Neue Dokumentenmodelle entstanden und ab 2016 wurden Briefköpfe und Umschläge entsprechend angepasst.

6.4 Jean Dubas-Fonds

Im Jahr 2001 hatte Dr. Jean Dubas, Arzt, leidenschaftlicher Historiker und Ehrenbürger der Stadt Freiburg, die Archive der Stadt zur Aufbewahrung seiner Bibliothek und einer gewissen Anzahl Dokumente ausgewählt, die er im Laufe seines Lebens gesammelt hatte. Der Inhalt der Bibliothek wurde inventarisiert und ins Westschweizer Bibliothekennetz eingetragen. Eine zweite Serie von Gegenständen, die sich auf die Freiburger Geschichte beziehen, ist vorderhand inventarisiert und in einem Zivilschutzraum gelagert.

Das Museum Gutenberg hat vom 27. Mai bis 23. August 2015 eine Ausstellung der aussagekräftigsten Bilder der Kollektion unter dem Titel «PassagesÜbergänge Freiburg» in der Kollektion von Jean Dubas, durchgeführt. Dieser Spaziergang zwischen Tradition und Modernität hat es den Besuchern ermöglicht, die Landschaft und die Stadt Freiburg des 18. und 19. Jahrhunderts (wieder) zu entdecken und Jean Dubas für sein begeistertes Engagement für das Kulturerbe und die Stadt die Ehre zu erweisen.



7. Die nachhaltige Entwicklung

Um die Konzept der lokalen Agenda 21 wirksam weiterzuführen und daraus ein griffiges politisches Projekt im Dienste der nachhaltigen Entwicklung zu gewähren, hat der Gemeinderat beschlossen, verschiedene Aktionen umzusetzen. Dies geschah etwa mit der Anstellung einer Verantwortlichen Nachhaltige Entwicklung, mit der Umsetzung von Aktionen durch die Stadt und einer strategischen Begleitung, sowie mit der Erarbeitung einer Kommunikationsstrategie und der Entwicklung eines Evaluationsinstrumentes (Reporting).

Die Umsetzung dieser politischen Visionen ist im Gang. Mit dem Ziel, die drei grundlegenden Aspekte der nachhaltigen Entwicklung, nämlich Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft miteinander zu verbinden, werden gegenwärtig drei Hauptdossiers erarbeitet: das Projekt blueFACTORY, der Richtplan Energie und die Ortsplanrevision.

7.1 Mobilität

Mit der allgemeinen Zunahme der Mobilität, namentlich durch den motorisierten Individualverkehr, haben sich in den vergangenen Jahrzehnten die Bedingungen, sich in der Stadt Freiburg zu bewegen, sei es mit Auto, Bus und Velo oder als Fussgänger, beträchtlich verschlechtert. Um diese Funktionsstörungen zu mildern und die Auswirkungen des Bevölkerungswachstums aufzufangen sowie gleichzeitig eine bessere Lebensqualität in der Stadt sicherzustellen, ist es unabdingbar, dass die Art und Weise, wie man sich heute gemeinhin bewegt, in Frage gestellt wird, um einer Mobilität den Vorzug zu geben, die auf öffentlichen Verkehr und Langsamverkehr setzt. Zur besseren Steuerung der Mobilität in der Stadt wurden verschiedene Massnahmen getroffen mit dem Ziel, den Autoverkehr im Stadtzentrum zu reduzieren, die Betriebsgeschwindigkeit des öffentlichen Verkehrs zu verbessern und jenen, die auf Langsamverkehr setzen (Fussgänger, Radfahrer) bessere Bedingungen zu bieten. Gleichzeitig wird aber der Zugang für Autos und für Lieferwagen sichergestellt.

Die Inbetriebnahme der Poyabrücke und die Schliessung der Zähringerbrücke stellen den Schwerpunkt der Strategie während dieser Legislatur dar. Diese Massnahmen haben es ermöglicht, das historische Burgquartier vom



BEGEGNUNGSZONE IM ALT-QUARTIER

Durchgangsverkehr zu befreien und zusammen mit den Begleitmassnahmen des Poya-Projektes das Terrain für eine vollständige Umnutzung dieses Sektors vorzubereiten.

Die Massnahmen im Zusammenhang mit der Mobilität sind im Rahmen des OP geplant. Die Erarbeitung des Bereichs «Mobilität und Parkplatzpolitik» im Rahmen des Agglomerationsprojektes der 2. Generation (AP2) erfolgt in Zusammenarbeit mit der Agglomeration und auf der Grundlage einer Umfrage bei den Benutzern .

Während der Legislatur wurden folgende Massnahmen ergriffen oder sind in der Umsetzungsphase:

Erschliessung / Signalisation und Sanierungen

Der Gemeinderat möchte Tempo-30-Zonen in allen Quartieren der Stadt einrichten. In diesem Sinne wurden bereits neue Tempo-30-Zonen (Heiterastrasse und Rue Louis-Braille) und Begegnungszonen (Monséjour, Joseph-Piller-Strasse – Altquartier) erschlossen.

Rund 1'500 Meter Velofahrtstreifen oder Mischspuren (Sentiers du Nord et des Casernes, Poyabrücke) und 3'000 Meter Radwege (Avenue Louis-Weck-Reynold und Route Wilhelm-Kaiser) wurden erstellt; in den Quartieren Burg und Schönberg wurden neue Bikesharing-Stationen eingerichtet; mehr als 700 Parkplätze für Zweirad-Fahrzeuge wurden zur Verfügung gestellt, von denen über 300 mit Vorrichtungen gegen Diebstahl und gegen Umstürzen ausgerüstet sind.

Die Einrichtung eines Einspurstreifens für Busse an der Kreuzung St. Theres zeigt, dass auch die Busspuren nicht vergessen wurden.

Das Programm zur Sanierung der Fussgängerstreifen hat es ermöglicht, deren 80 zu bearbeiten, wobei Farben der letzten Generation, die reflektierendes Material enthalten, benutzt wurden. Die Strassenränder wurden abgesenkt und es wurden auch andere Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit getroffen. Zudem wurden die tpf-Haltestellen Saint-Barthélemy und Bürglen reorganisiert, um die Sicherheit der Benutzer, namentlich der Kinder auf dem Schulweg, zu verbessern.

Promotion / Prävention / Sensibilisierung

Verschiedene Sensibilisierungsprojekte für den Langsamverkehr wurden entwickelt wie die aktive Beteiligung an der Mobilitätswoche sowie an Aktionen «New Ride» und «Eco Mobil on Tour» oder das Unterstützungsprogramm «Défi vélo» (Herausforderung Velo), welches Jugendliche im Alter von 15 bis 20 Jahren für die Benützung des Velos sensibilisiert.

Dank Mitwirkung von Quartierbewohnern wurden mehrere Präventionsaktionen in Tempo-30-Zonen (Alte Brunnengasse, Vignettaz) durchgeführt. Auf den Strassen und Gassen der Quartiere wurde ein neuer Präventivradar «Visispeed» installiert; neue Zählsysteme für Velos und Fussgänger wurden angeschafft; der Hauslieferdienst «Cabamobil», der während der Legislatur eingeführt wurde, hat sich so entwickelt, dass die Zahl der täglichen Lieferungen auf über 20 anstieg.

7.2 Energie und Beleuchtung

Der «Richtplan Energie» ist gegenwärtig in Ausarbeitung. Es handelt sich um ein lokales Entwicklungsinstrument, das es dem Gemeinderat erlauben wird, seine Aktionen mit der Energieproblematik des Bundes (Vision einer 2000-Watt-Gesellschaft bis 2030) und Europas (Konvention der Bürgermeister zum Konzept 3x20) zu koordinieren. Der «Richtplan Energie» ist ein Instrument zur Analyse, zur Verwaltungsführung, zur ständigen Arbeitsbegleitung und zur Planung. Als solches soll es dem Gemeinderat die Mittel geben, die Massnahmen zur Entwicklung erneuerbarer Energien, die Verminderung des Energieverbrauchs sowie zur Sicherstellung der Koordination zwischen den verschiedenen Verwaltungsdiensten und externen Kreisen umzusetzen. Es soll auch zu einer Gesamtsicht aller Bereiche und aller Aktionen der Stadt beitragen, die einen Einfluss auf die Energie haben. Zielsetzung dieses Richtplans ist es somit, die Energie effizient zu nutzen, möglichst die einheimischen Energieressourcen zu verwenden und die Netzenergien zu fördern. Schliesslich soll der Richtplan dazu beitragen, dass die Stadt ihren Bürgern gegenüber eine Vorbildfunktion einnimmt, dies nicht bloss bei der Umsetzung von Aktionen, sondern auch durch Informationsarbeit und Erteilen von einschlägigen Ratschlägen.

Zudem wurde im April 2012 die Verwertung des Biogas der ARA in Betrieb genommen. Weiter ist eine grossangelegte Kampagne zur Sanierung der öffentlichen Beleuchtung im Gang. Sie ist nicht nur darauf ausgerichtet, die Quecksilberlampen sondern auch einen Teil der Natriumlampen zu ersetzen. Die Sanierung kommt planmässig voran und die Senkung des Verbrauchs ebenfalls.

7.3 Kampf gegen Lärm und Umweltverschmutzung

Der Gemeinderat hat das kommunale Lärmkataster aktualisiert. Auf dieser Grundlage hat er beim Umweltamt eine Lärmsanierungsstudie abgegeben. Unter Berücksichtigung des ganzen Strassensanierungsbedarfs und des Umstandes, dass der Betrieb des Strassennetzes sicherzustellen ist, wurde der grösste Teil der Gemeindestrassen während der laufenden Legislatur saniert. Der Rest ist dann ab 2016 vorzusehen.

Abgesehen von einem laufenden Verfahren wurden alle Begleitmassnahmen des Poya-Projektes vor der Eröffnung der Brücke umgesetzt. Der Transitverkehr und die Verschmutzung haben nun in den betroffenen Sektoren abgenommen.



8. Sozialer Zusammenhalt, Kultur und Sport

8.1 Sozialer Zusammenhalt

Während dieser Legislatur wurde ein Sektor Integration geschaffen.

Seit 2013 ist im Schönberg-Quartier das Projekt «Bildungslandschaft» am Laufen, und jedes Jahr am letzten Freitag im Mai wird ein Nachbarschaftsfest durchgeführt.

In Zusammenarbeit mit dem Sektor Kommunikation wurde 2014 ein Projekt angeregt, um namentlich über die Internetseite der Stadt die Information zu Händen der neuen Bewohner zu verbessern. Mit den Neuzuzügern und den kommunalen Dienststellen wurde die «focus group» gebildet, um so auf die Bedürfnisse der beiden Seiten besser eingehen zu können.

Ebenfalls seit 2014 werden im Rahmen der Anti-Rassismus-Woche Projekte verwirklicht.

2015 hat der Gemeinderat beschlossen, dem kantonalen Programm «Communes sympas – Gemeinsam in der Gemeinde» beizutreten. Er hat eine Kommission «Fribourg sympa» gebildet, welche das Ziel verfolgt, die Lebensqualität und den sozialen Zusammenhalt zu verbessern.

Die Arbeit des Sektors beschränkt sich nicht bloss auf die Umsetzung von Projekten für die Migranten. Es hat sich nämlich herausgestellt, dass der Begriff «Integration» nicht alle einschlägigen Aspekte berücksichtigt. Der Gemeinderat hat deshalb im Jahr 2015 beschlossen, diesen Sektor «Sozialer Zusammenhalt» zu benennen und das Pflichtenheft der Delegierten für Sozialen Zusammenhalt zu klären.

Über diesen Sektor unterstützt und finanziert der Gemeinderat auch eine grössere Anzahl von Projekten, welche ein besseres Zusammenleben zum Ziel haben.

8.2 Gesundheitsnetz Saane

Die Änderung der Statuten des Gemeindeverbandes des Saanebezirks für die sozial-medizinischen Dienste (ACSMS), die im Januar 2016 in Kraft getreten

ist, gab die notwendige Grundlage für die Schaffung des Gesundheitsnetzes Saane. Ab Inkrafttreten des Gesetzes über die Seniorinnen und Senioren und des Gesetzes über die sozialmedizinischen Leistungen wird dieses Netzwerk die Koordination der Akteure (Hilfe und Pflege zu Hause sowie Pflegeheime) sicherstellen können, welche Personen im Alter zu betreuen. Das Netzwerk wird dann besser auf die Bedürfnisse unserer betagten Leute eingehen können.

8.3 Kultur

Die Eröffnung des Schauspielhauses Equilibre am 19. Dezember 2011 stellte das Ende des zehn Jahre vorher eröffneten Zyklus «Coriolis Infrastrukturen» dar. Das Equilibre entspricht den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Kunstschaffenden auf regionaler und lokaler Ebene. Die ausgezeichnete Belegung durch das Publikum ist regelmässig höher als 85 %.

Im Jahr 2014 haben die fünf Mitgliedsgemeinden von Coriolis, nämlich Freiburg, Villars-sur-Glâne, Granges-Paccot, Givisiez und Corminboeuf, die Erhöhung ihrer Prokopfbeteiligung an Coriolis Infrastrukturen ratifiziert, welche von CHF 22.50 auf ein mögliches Maximum von CHF 32.50 ansteigt. Nach der Umsetzung von verschiedenen internen Sparmassnahmen (Beitragssenkung für die Stiftung Equilibre und Nuithonie, Senkung der Investitionen zu Gunsten anderer kultureller Infrastrukturen), trägt die Erhöhung der Beteiligung der Mitgliedsgemeinden dazu bei, die abnehmenden Beiträge des Casinos Freiburg wettzumachen und eine kohärente Kulturpolitik fortzusetzen. Zudem hat der Verband Bemühungen unternommen, um den Perimeter zu erweitern und zu diesem Zweck Gespräche mit Drittgemeinden aufgenommen.

Die Stadt Freiburg, Coriolis Infrastrukturen und die Agglomeration Freiburg haben ab 2012 die «Konsultativkonferenz zur Kultur in der Region Freiburg» durchgeführt. Es handelte sich um einen ehrgeizigen, auf Beteiligung ausgerichteten Prozess, den Rahmen der Kulturpolitik bezüglich der gesellschaftlichen Entwicklung sowie die Bedürfnisse der Bevölkerung und der kulturellen Kreise während einer Zeispanne von 15 Monaten, neu festzulegen. Die Beteiligung von Fachleuten und von mehr als 500 Akteuren der Zivilgesellschaft hat es möglich gemacht, die Herausforderung anzunehmen, sowie eine Vision, drei strategische Zielsetzungen und zehn konkrete Vorschläge festzulegen. Im Schlussbericht «Kultur 2030» ist nun der Rahmen der Aktionen der Kulturpolitik des Gemeinderates bezüglich der Planung, in Absprache mit den anderen Subventionsorganen, festgelegt.

Im Anhang der «Vision2030» hat sich der Kulturdienst an die Arbeit gemacht, um die Synergien auf allen Ebenen zu verstärken, zwischen öffentlichem und privatem Bereich, zwischen verschiedenen Kreisen namentlich aus Kultur und Wirtschaft, zwischen den kulturellen Akteuren und den verschiedenen Dienststellen der Stadt, sowie der Agglomeration und des Kantons. So sind konkrete Projekte entstanden: ab 2014 hat die Stadtbibliothek eine Vermittlungsaktion erarbeitet, mit der das Bücherlesen dank des Angebots «Leserplausch im Sommer» besser zugänglich gemacht wurde. Eine Projektausschreibung im Jahr 2013 für kulturelle Animation im Stadtzentrum hat es ermöglicht, dass nun seit 2014 das Festival «Les Georges» durchgeführt wird. Im gleichen Jahr wurde ein Verein gegründet, um «Tinguely 2016» auf die Beine zu stellen. Es handelt sich um ein Projekt von kantonaler Tragweite mit nationaler Ausstrahlung, an dem während eines Jahres des 25. Todestages von Jean Tinguely gedacht wird. Schliesslich wurde 2015 der Verein «Hubert Audriaz» gegründet, um die Tätigkeiten des Zauberkünstlers der Unterstadt aufzuwerten und deren Fortbestand zu sichern.

Betreffend Konsultationene zwischen Dienststellen oder bestehenden Strukturen wurde 2012 die Gruppe «Promotion» (Kultur, Wirtschaft und Tourismus) neu lanciert. Ausgehend von Überlegungen innerhalb des Gemeinderates,

hat dieser beschlossen, einen Projektverantwortlichen zu beauftragen um die verschiedenen Initiativen zur Neubelebung des Burgquartiers zu koordinieren. Die Adressdatei, welche der Kulturdienst eingeführt hat, erlaubt es ihm, mit den Akteuren des kulturellen Lebens direkt zu kommunizieren. Im Jahr 2015 wurde eine Kommission Kunstwerke und kultureller Reichtum geschaffen.

Nachdem der Kulturdienst sein lokales Netz stark verstärkt hatte, hat er sich bemüht, die Ausstrahlung der Stadt Freiburg nach aussen zu verstärken. 2015 wurde diesem das Präsidium von ECHO - European Cities of Historical Organs – übertragen. In dieser Eigenschaft nimmt er die Vertretung der Schweiz wahr, so dass sich Freiburg rühmen kann, Schweizer Orgelhauptstadt zu sein. Seit diesem Jahr ist Freiburg ebenfalls Vorstandsmitglied von Corodis (Commission romande de diffusion des spectacles).

8.4 Sport

Im Laufe dieser Legislatur hat der Gemeinderat seine Politik zur Sportförderung fortgesetzt und namentlich den Volkssport und die körperlichen Tätigkeiten der Jugendlichen unterstützt. So stiess das Projekt «Midnight Sport und Kultur» auf einen grossen Erfolg. Dabei wurden die Sporthallen der Schule Vignettaz jeweils am Samstag von 19.30 bis 22.30 Uhr Mädchen und Knaben im Alter von 13 bis 17 Jahren gratis zur Verfügung gestellt.

Auch wenn sich Gewohnheiten und Lieblingsbeschäftigungen in der Sportwelt verändern, nimmt der Fussball unter den Sporttätigkeiten immer noch den ersten Platz ein. Mit Unterstützung des Sportamtes haben sich die sechs Fussballclubs der Stadt Freiburg regelmässig getroffen, um ihre Tätigkeiten, besonders in den Juniorenabteilungen, zu koordinieren. Die Begegnungen haben zu verstärkter Zusammenarbeit geführt, die von allen Partnern geschätzt wird.

Während dieser Legislatur wurden in der Stadt Freiburg zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt. Es sind dies unter anderen: der traditionelle Mur-

tenlauf, zwei Etappen der Tour de Romandie (2014 und 2015), Volksläufe, verschiedene Turniere und Meisterschaften auf regionaler und nationaler Ebene (Leichtathletik, Kampfsport, Fechten, Bogenschiessen, Schwimmen, usw.). 2015 haben die Finalsspiele des Schweizer Cups im Volleyball zum ersten Male in der Allzwecksporthalle stattgefunden. Dieses Ereignis hat das in grosser Zahl erschienene Publikum entzückt. Diese Veranstaltung kompensiert teilweise den Verlust der Finalsspiele im Schweizer Cup des Basketballs, die bis 2015 in der gleichen Halle stattfanden.

Nach der Auflösung der USSVF (Vereinigung der Sportvereine der Stadt Freiburg) im Juni 2014 hat der Gemeinderat das Sportamt beauftragt, seinen Aktionsradius auszuweiten und sich noch mehr als bevorzugter Gesprächspartner der Clubs zu profilieren. Unter den neuen Dienstleistungen ist ein Newsletter zu erwähnen, der regelmässig zu Händen der Clubs und der interessierten Kreise zur Verfügung stehen wird. So werden die sportlichen Tätigkeiten in der Stadt Freiburg von weiteren Kreisen zur Kenntnis genommen.

Auch das Engagement der Stadt Freiburg zu Gunsten der Bergbahnen auf der Berra ist zu erwähnen. Dieses erfolgte in Form einer Beteiligung am Bau der Kombibahn (Sessellift + Kabinen). Als Eigentümerin der Gîte d'Allières ist die Stadt nämlich an der Weiterentwicklung der Infrastrukturen an der Berra interessiert. Dieses Skigebiet steht den Primarschulklassen der Stadt während der Wintersaison gratis zur Verfügung.

Das Sportkonzept der Gemeinde wurde von der Sportkommission ausgearbeitet. Es war in den Zielsetzungen der Legislatur angekündigt und als strategisches Arbeitsinstrument konzipiert, womit die Politik der Gemeinde im Bereich Sport genauer erklärt werden kann. Es enthält eine allgemeine Sicht der Sportpolitik, die auf 5 wesentlichen Grundsätzen beruht. Deren Umsetzung wird durch einen Katalog von Massnahmen sichergestellt, der laufend angepasst wird. Das Konzept wurde vom Gemeinderat am Ende dieser Legislatur genehmigt.





GEMEINDERAT • STADT FRIBOURG



Ville de Fribourg